

**A13 MITMACHEN ERLEICHTERN! - Ein Votenzpapier zum Hürdenabbau im Sinne der Vielfaltssensibilität**

Antragsteller\*in: Projektgruppe Partizipation in der GRÜNEN JUGEND Hamburg  
Beschlussdatum: 21.03.2019  
Tagesordnungspunkt: 6. Vielfalt in der GRÜNEN JUGEND Hamburg

**Antragstext**

1 \*\*\*

2 Inhalt:

3 1. Einleitung und Problemstellung

4 2. Einen Rahmen für Teilhabe schaffen

5 2.1 Der innere Rahmen

6 2.2 Der äußere Rahmen

7 3. Handlungsfelder

8 3.1 Zeitaufwand für die Arbeit in der GRÜNEN JUGEND Hamburg

9 3.2 Sprache in unserer politischen Arbeit

10 3.3 Informationsweitergabe und Transparenz

11 3.4 Veranstaltungen für alle! - Vielfaltssensible Veranstaltungsplanung

12 3.5 Selbstreflexion und Weiterbildung

13 4. Zusammenfassung - Die Zukunft der GRÜNEN JUGEND Hamburg als offener Raum für  
14 ALLE!

15 \*\*\*

16 **1. Einleitung und Problemstellung**

17 Die GRÜNE JUGEND Hamburg (GJHH) begreift sich als politischer Jugendverband, der  
18 jungen Menschen unter 28 Jahren die Möglichkeit bietet sich fortzubilden,  
19 auszutauschen und politisch zu organisieren. Somit ist sie ebenso  
20 Bildungsstätte, Bewegung, Ort der Vernetzung und des Ausprobierens sowie eine  
21 Parteijugend, mit direkten realpolitischen Einflussmöglichkeiten. Sie versteht  
22 sich als Verbindungsglied von verschiedenen zivilen- und parteipolitischen  
23 Engagementfeldern.

24 Die Zielgruppe der GJHH umfasst alle interessierten Jugendlichen aus der  
25 Metropolregion Hamburg. Dem Jugendverband ist es ein Anliegen, offen für alle zu  
26 sein und Vielfalt auf allen Ebenen zu fördern. Um innerhalb der GJHH eine

27 ausgewogene Repräsentation der Vielfältigkeit unserer Gesellschaft zu  
28 ermöglichen, legte der Jugendverband bereits in der Vergangenheit Wert auf  
29 vielfaltssensible Maßnahmen, wie die explizite Förderung des Engagements von  
30 Frauen, Inter\*- und Trans\*personen, vegetarische Verpflegung auf den internen  
31 Veranstaltungen, Barrierefreiheit oder die Einrichtung von Zuhör- und  
32 Awarenesssteams auf größeren Veranstaltungen.

33 Die GJHH ist sich jedoch bewusst, dass die aktiven Mitglieder des Verbands  
34 insgesamt eine sehr homogene Gruppe darstellen. So ist der Landesverband stark  
35 akademisch geprägt, die Mitglieder sind vorwiegend Weiße Studierende. Dahingegen  
36 sind Schüler\*innen, Auszubildende sowie in Vollzeit arbeitende Menschen und  
37 People of Color unterrepräsentiert. Darüber hinaus sind die aktiven Mitglieder  
38 der GJHH in der Regel in Deutschland geborene und deutschsprachige Menschen,  
39 Bevölkerungsgruppen wie Migrant\*innen und Geflüchtete finden keine Repräsentanz.  
40 Aufgrund dieser Problematik erhob der Jugendverband auf der vergangenen  
41 Landesmitgliederversammlung (LMV) im Dezember 2018 den Selbstanspruch, sich  
42 weitergehend mit Vielfaltssensibilität und der Ansprache möglichst diverser  
43 Jugendlicher zu beschäftigen und neue Handlungsperspektiven zu erschaffen. So  
44 wurde die neugegründete "Projektgruppe Partizipation" beauftragt, Maßnahmen zu  
45 erarbeiten, um Menschen, die es aufgrund ökonomischer, zeitlicher, familiärer  
46 und sonstiger Zwänge schwer haben, sich politisch zu engagieren, oder denen der  
47 Eindruck vermittelt wird, eine Einbringung sei im Verband nicht möglich oder  
48 förderlich, ein Engagement zu ermöglichen, beziehungsweise zu erleichtern. Sie  
49 sollte eine Problemanalyse durchführen, Lösungsstrategien entwickeln und ein  
50 weiteres Verfahren konkret erarbeiten.

## 51 **2. Einen Rahmen für Teilhabe schaffen**

52 Um möglichst vielen jungen Menschen die Mitarbeit in der GRÜNEN JUGEND Hamburg  
53 zu erleichtern, wollen wir verschiedene Maßnahmen ergreifen. Es ist hierbei  
54 nötig, in zwei Handlungsbereiche zu unterteilen: Einerseits möchten wir den  
55 bereits Aktiven vielfältige, barrierearme Möglichkeiten zur Einbringung bieten  
56 und die Informationsweitergabe verbessern. Andererseits soll die GRÜNE JUGEND  
57 Hamburg auch nach außen hin als offener Verband dargestellt werden. So wollen  
58 wir Hemmschwellen für die politische Teilhabe junger Menschen weiter senken und  
59 Vorbehalten gegen parteipolitisches Engagement begegnen.

### 60 **2.1 Der innere Rahmen**

61 Die GJHH tut schon vieles dafür, neue Mitglieder schnell sozial einzubinden. So  
62 finden bei jedem Aktiventreffen kurze, unterschiedlich gestaltete  
63 Vorstellungsrunden statt und im Anschluss an die Treffen wird sich noch offen,  
64 in geselliger Atmosphäre ausgetauscht und kennengelernt.

65 Dennoch bestehen auch im Bereich der Einbindung von Neumitgliedern noch Hürden.  
66 So konzentriert sich die aktuelle Altersstruktur hauptsächlich auf Studierende  
67 (meist über 20 Jahren), was jüngeren Schüler\*innen den Zugang erschweren kann.

68 Die Angst davor etwas Falsches zu sagen, unwissend zu wirken oder  
69 widersprüchliche Aussagen zu vertreten, kann neue Mitglieder und Aktive  
70 verunsichern, sodass diese sich gegebenenfalls nicht trauen sich einzubringen  
71 oder nach kurzer Zeit nicht mehr zu Treffen erscheinen, um diese Situationen zu

72 vermeiden.

73 Die Projektgruppe "Partizipation" sieht es als eine wichtige Aufgabe der GJHH  
74 die Vielfalt von Meinungen im Verband zuzulassen und zu fördern. Außerdem sollte  
75 weiter aktiv an einer Atmosphäre gearbeitet werden, in der Fragen gestellt  
76 werden können und bei Veranstaltungen grundsätzlich kein tiefgreifendes  
77 Hintergrundwissen vorausgesetzt wird, sodass jede\*r einen guten Einstieg in die  
78 Themen und Diskussionen finden kann.

79 Für Aktive, die sich weitergehend einbringen wollen, jedoch keine langfristigen  
80 festgeschriebenen Ämter übernehmen wollen, sollten mehr Möglichkeiten geschaffen  
81 werden, im Rahmen von zeitlich befristeten Projektgruppen themenbezogen auch  
82 organisatorische Aufgaben zu übernehmen.

83 Darüber hinaus sollen Aktive, die bereits über fachliche Kenntnisse in einem  
84 Themenbereich verfügen, gezielt in die Vorbereitung und Gestaltung von  
85 Veranstaltungen einbezogen werden, um auch ihnen die Möglichkeit der fachlichen  
86 Vertiefung und Debatte zu ermöglichen.

87 Viele Menschen arbeiten bereits engagiert in der GJHH. Um all diese Menschen  
88 wertzuschätzen, sollte weiterhin eine Kultur gepflegt werden, in der das  
89 Engagement der anderen wahrgenommen und gewürdigt wird. Dabei sollten die  
90 Stärken der einzelnen Menschen gesehen und daran angeknüpft werden und sich  
91 gegenseitig durch Teamarbeit entlastet und unterstützt werden. Erfolge oder  
92 besondere Ereignisse sollten wahrgenommen und geschätzt werden.

93 Die Projektgruppe begrüßt außerdem die Einführung des neuen Pat\*innenprogramms.  
94 Im Rahmen dessen werden Interessierten auf dem Neuen- und Interessiertentreffen  
95 Pat\*innen zur Seite gestellt, die in der Folge als Ansprechpartner\*innen für  
96 Fragen und Anliegen der Neuen nach dem individuellen Bedarf zur Verfügung  
97 stehen. Da dieses System erst neu eingeführt wurde, sollte die praktische  
98 Ausgestaltung im Blick behalten und weiter ausgebaut werden.

99 Um bevorstehende Treffen und Veranstaltungen der GJHH allen Aktiven einfach  
100 zugänglich zu machen, sollten für die Information und Bewerbung dieser  
101 verschiedenen Informationskanäle genutzt werden.

## 102 **2.2 Der äußere Rahmen**

103 Wie schon in den vorherigen Punkten deutlich wurde, stellt sich die  
104 Herausforderung, partizipationsfördernde Maßnahmen nicht nur nach innen  
105 umzusetzen, sondern interessierte Menschen überhaupt erst zu erreichen.

106 Grundsätzlich sollte die GJHH öffentlichkeitswirksamer, auf verschiedenen  
107 Kanälen für das Engagement und vor allem für einzelne Veranstaltungen, bei denen  
108 man mit dem Verband in Kontakt kommen kann, werben, um eine möglichst breite  
109 Personengruppe zu erreichen. Im Rahmen von Werbung kann auch in groben Zügen  
110 vorgestellt werden, was die GJHH eigentlich ist, welche Positionen sie vertritt  
111 und wie gearbeitet wird.

112 Ein Grund, der viele Menschen von politischem Engagement abhält, ist das Gefühl,  
113 wenig bewirken zu können. Diesem Eindruck muss die GJHH begegnen, indem  
114 Einwirkungsmöglichkeiten und Perspektiven zur Gestaltung gesellschaftlicher  
115 Veränderungen unter Bezugnahme auf vergangene Erfolge der GRÜNEN JUGEND  
116 aufgezeigt werden.

117 Eine andere, oft genannte Sorge ist, in der GJ stark an die Positionen der  
118 Grünen gebunden zu sein. In der Kommunikation mit interessierten Menschen sollte  
119 die Eigenständigkeit der GJ daher herausgestellt werden und auch kritische  
120 Perspektiven auf bestimmte Positionen der Grünen thematisiert werden. Außerdem  
121 kann durch unsere Präsenz in zivilgesellschaftlichen Bündnissen und Bewegungen  
122 eine Verbindung zu anderen politisch interessierten Menschen hergestellt werden  
123 und in diesem Rahmen die politischen Positionen der GJ nach außen getragen  
124 werden, um so Vorbehalte bezüglich Parteipolitik abzubauen.

125 Darüber hinaus sollte auch die Präsenz der GJHH in verschiedenen Teilen Hamburgs  
126 weiter ausgebaut werden. Der Verband organisiert bereits Veranstaltungen in  
127 verschiedenen Bezirken Hamburgs und die monatlichen Kneipenabende finden  
128 außerdem in diversen Örtlichkeiten statt. Dennoch sollte darauf weiterhin ein  
129 Augenmerk gelegt werden, da so auch neuen und aktuellen Aktiven der GJHH, die  
130 nicht im Zentrum der Stadt leben, kürzere Wege geboten werden.

### 131 **3. Handlungsfelder**

132 Im folgenden Teil wird sich durch eine Analyse der Problemfelder der Thematik  
133 angenähert und erste Lösungsansätze für die konkreten Herausforderungen  
134 entworfen.

135 Die Gruppe näherte sich dem Thema durch Betrachtung wissenschaftlicher  
136 Sichtweisen auf Vielfaltssensibilität in politischen Organisationen und  
137 Befragung von einerseits politisch interessierten jungen Menschen, die aktuell  
138 noch nicht politisch aktiv sind, sowie andererseits das Brainstorming von  
139 Aktiven der GJHH. Dabei konnten verschiedene Bereiche identifiziert werden, die  
140 Hürden für die Partizipation in der GRÜNEN JUGEND Hamburg bergen.

141 Diese fünf Bereiche sollen nun jeweils aus der Innen- (Welche Hürden erschweren  
142 die Mitarbeit für Mitglieder und Aktive der Grünen Jugend?) und aus der  
143 Außenperspektive (Welche Hürden halten interessierte Menschen davon ab aktiv zu  
144 werden?) betrachtet werden.

#### 145 **3.1 Zeitaufwand für die Arbeit in der GRÜNEN JUGEND Hamburg**

146 Engagement bei der GJHH kann viel Zeit in Anspruch nehmen. Es gibt viele  
147 Veranstaltungen und Treffen, die interessierten Mitgliedern offenstehen.  
148 Besonders wenn man intensiver in die Arbeit der Organisation einsteigen, an  
149 Prozessen beteiligt und an Veränderungen mitwirken will, ist dies mit einem  
150 hohen zeitlichen Aufwand verbunden.

151 Eine möglichst frühe Bewerbung aller Veranstaltungen ist daher anzustreben,  
152 damit Interessierte die Termine rechtzeitig in ihren individuellen Zeitplänen  
153 berücksichtigen können.

154 Darüber hinaus sind viele junge Menschen, die sich in der GJHH engagieren noch  
155 an anderen Themen interessiert und in anderen Gruppen aktiv, was die zeitlichen  
156 Möglichkeiten dieser weiter einschränkt. So müssen engagierte junge Menschen  
157 abwägen für was sie ihre wenige Zeit einsetzen.

158 Die GJHH möchte auch Menschen ein Engagement ermöglichen, die beispielsweise  
159 durch eigene Kinder, pflegebedürftige Angehörige oder Vollzeitberufstätigkeit  
160 zeitlich zusätzlich eingeschränkt sind. Um dies zu erleichtern, sollten die  
161 Zeiten für Treffen der GJHH an Arbeitszeiten Vollzeit-Berufstätiger angepasst  
162 werden, beziehungsweise, gerade für die Arbeit in kleineren Gruppen (z.B.  
163 Arbeitskreisen) flexiblere und wechselnde Zeitfenster gewählt werden. Weiterhin  
164 sollten Treffen spätestens um 21 Uhr enden, um auch Schüler\*innen und  
165 berufstätigen Menschen, die früh aufstehen müssen, eine Mitarbeit zu  
166 ermöglichen.

167 Zudem sieht die Arbeitsgruppe es als eine wichtige Maßnahme an, während der  
168 regelmäßigen Aktiventreffen und größeren Veranstaltungen (z.B.  
169 Landesmitgliederversammlungen) Kinderbetreuung vor Ort anzubieten.

170 Die durch diese Maßnahmen geschaffene zusätzliche Flexibilität und Entlastung  
171 sollte zudem nach außen getragen werden. Viele Interessierte an der Arbeit der  
172 GRÜNEN JUGEND Hamburg (GJHH) sorgen sich um Erwartungen an ihr zeitliches  
173 Engagement.

174 Um diese Sorge vorwegzunehmen, sollte interessierten Menschen weiterhin zu  
175 Beginn auch von der Möglichkeit der Einbringung in zeitlich begrenzte Projekte  
176 oder der Teilnahme an einzelnen Aktionen berichtet werden. Das Engagement kann  
177 so nach den individuellen Möglichkeiten gestaltet werden, es wird keine  
178 regelmäßige Teilnahme vorausgesetzt. Dabei darf jedoch die gemeinsame,  
179 übergreifende Arbeit in der GJHH nicht aus den Augen verloren werden. Es ist  
180 daher wichtig, Interessierten ohne Druck auch die Struktur der GJHH und die  
181 Möglichkeit der intensiveren politischen Arbeit näherzubringen.

### 182 **3.2 Sprache in unserer politischen Arbeit**

183 In Veranstaltungen und Diskussionen der GJHH wird oft eine deutlich akademisch  
184 geprägte Sprache unter der Verwendung diverser Fachbegriffe verwandt. Darüber  
185 hinaus existieren viele Abkürzungen, die intern die Kommunikation vereinfachen,  
186 für neue Aktive jedoch oft verwirrend oder aus Gesprächen ausgrenzend wirken  
187 können.

188 Deshalb ist die GJHH in der Zukunft angehalten, einfachere Sprache zu verwenden  
189 oder Worte, die bewusst gewählt werden, zumindest zu erklären, um allen  
190 Beteiligten die Möglichkeit zu eröffnen, sich an Diskussionen zu beteiligen. Die  
191 Möglichkeit durch Handzeichen (Language-L) anzuzeigen, dass man einen Begriff  
192 gern erklärt hätte, sollte allen bekannt gemacht werden.

193 Ebenso wie im Bereich des Zeitaufwandes (s. 2.1) sollte diese veränderte  
194 Gesprächskultur Interessierten nahegebracht werden, um ihnen die Sorge zu  
195 nehmen, mit wenig Vorwissen nicht an Gesprächen und Treffen teilnehmen zu  
196 können.

197 Bedauerlicherweise engagieren sich in der GJHH bisher keine Menschen nicht-  
198 deutscher Muttersprache, die gegebenenfalls die deutsche Sprache (noch) nicht  
199 genug beherrschen, um inhaltlich allen Themen folgen und sich beteiligen zu  
200 können. Wir möchten unsere Strukturen auch für Menschen öffnen, die deutsch  
201 (noch) nicht fließend sprechen.  
202 Dieser sprachlichen Barriere müssen wir zuallererst mit mehrsprachigen  
203 Informationsmaterialien und in der Folge zudem mit mehrsprachigen  
204 Veranstaltungen oder zumindest der Möglichkeit einer englischsprachigen  
205 Übersetzung begegnen.

206 Um auch Menschen mit Hörschädigungen Partizipation zu ermöglichen, sollten bei  
207 Veranstaltungen außerdem Gebärdensprachdolmetscher\*innen hinzugezogen werden  
208 können.

209 Um den Bedürfnissen vielfältiger Menschengruppen gerecht zu werden, muss bei der  
210 GJHH auch in Bild und Wort auf Diversität, Kultursensibilität und die Vermeidung  
211 etwaiger Stereotype Acht gegeben werden.

### 212 **3.3 Informationsweitergabe und Transparenz**

213 Durch ihre langjährige Arbeit hat die GJHH viele Strukturen und Inhalte  
214 erarbeitet, die neuen Aktiven nicht immer direkt zugänglich sind. Vor allem  
215 Informationen über Abläufe im Verband sind in Teilen intransparent und müssen  
216 von Interessierten häufig aktiv erfragt werden. Außerdem ist nicht immer  
217 ersichtlich, zu welchen Themen die GJHH in der Vergangenheit bereits gearbeitet  
218 hat und welche Ergebnisse sowie Erfolge erzielt werden konnten.

219 Die GJHH ist deshalb angehalten, Informationen und Materialien barrierearm über  
220 verschiedene Kanäle zugänglich zu machen. Zukünftig sollen Mitschriften und  
221 Dokumentationen von Veranstaltungen systematischer angefertigt und gemeinsam mit  
222 genutzten Präsentationen und anderen Materialien zur Verfügung gestellt werden.  
223 Außerdem sollte der Aufbau der Website überarbeitet werden, damit beispielsweise  
224 Informationen zu Strukturen noch schneller und übersichtlicher gefunden werden  
225 können. Zudem muss die derzeit genutzte Cloud, in der Dokumentationen und  
226 Materialien gespeichert werden, für alle zugänglich gemacht und aktiv beworben  
227 werden.

228 Die bereits existierende Wissensdatenbank bietet das Potenzial, Arbeitsabläufe  
229 und -prozesse systematisch festzuhalten. Sie muss jedoch stärker gepflegt und  
230 vor allem für alle Aktiven einsehbar gemacht werden.

231 Die GJHH ist darüber hinaus angehalten, sich mit der Umsetzung einer Online-  
232 Plattform auseinanderzusetzen, in der die aktuell auf verschiedensten Kanälen  
233 (Cloud, Pads, Kalender etc.) verteilten Informationen an einem Ort gebündelt  
234 zugänglich gemacht werden.

235 Die Informationsweitergabe muss jedoch nicht nur Online, sondern auch im  
236 persönlichen Kontakt verstetigt werden. Das bereits oben genannte  
237 Pat\*innenprogramm, das neuen Aktiven durch erfahrenere Ansprechpartner\*innen  
238 leichteren Zugang zu Informationen ermöglicht, ist ein erster Schritt in diese  
239 Richtung. Zusätzlich sollen zukünftig regelmäßige Workshops zu Strukturen und

240 Methoden innerhalb der GJHH stattfinden. Außerdem sollen Aktiventreffen noch  
241 stärker nach dem Prinzip "fördern und fordern" gestaltet werden, das Menschen  
242 mit wenig Wissen zu einem Sachverhalt einen Einstieg ermöglicht, gleichzeitig  
243 jedoch bereits genauer informierten Menschen neue Impulse bietet.

244 Darüber hinaus lässt sich eine Wissenskluft zwischen dem Landesvorstand (LaVo)  
245 und der Basis des Verbandes feststellen. Da der LaVo als gewähltes Gremium mit  
246 vielen wichtigen Aufgaben betraut ist, ist es besonders wichtig, dass seine  
247 Arbeit für alle Aktive des Verbandes transparent ist. Vor allem ist der LaVo  
248 deshalb angehalten, Mitglieder und Aktive zu motivieren, an den  
249 Landesvorstandssitzungen (LaVoSis) teilzuhaben. Dafür müssen die LaVoSis  
250 konsequent rechtzeitig und mit aufschlussreicher Tagesordnung angekündigt  
251 werden. Zukünftig sollen zudem Möglichkeiten bestehen, sich an den, in der Regel  
252 tagsüber stattfindenden und damit für viele schwer zugänglichen, LaVoSis digital  
253 beteiligen zu können.  
254 Die Wissenshierarchie umfasst auch, dass dem LaVo Kontakte, etwa zum  
255 Bundesverband der GJ und zu den GRÜNEN in Hamburg, leichter zugänglich sind. Mit  
256 diesen Netzwerken ist ein sensibler Umgang gefordert, Informationen, die für  
257 alle Aktiven interessant sind, sollten transparent gemacht werden. Außerdem soll  
258 darauf geachtet werden, das übermäßige Nennen von vermeintlich bekannten Namen  
259 zu vermeiden und gegebenenfalls Erklärungen anzufügen.

260 Informationen zu Strukturen und Inhalten der GJHH sollten nicht nur innerhalb  
261 der Aktiven des Verbandes, sondern auch nach außen kommuniziert werden. Viele  
262 Interessierte wissen nicht, was sie in der Jugendpartei erwartet und auf welchen  
263 Ebenen der Verband realpolitisch Einfluss erzielen kann. Als motivierende  
264 Maßnahme sollen deshalb bisherige Erfolge der GJHH herausgearbeitet und  
265 ansprechend nach außen präsentiert werden.

### 266 **3.4 Veranstaltungen für alle! – Vielfaltssensible Veranstaltungsplanung**

267 Vielfaltssensibilität in der Veranstaltungsplanung bedeutet vor allem flexibel  
268 zu sein und auf unterschiedliche Bedürfnisse eingehen zu können. Um sich hierauf  
269 bestmöglich vorzubereiten, ist es sinnvoll, sich mit den spezifischen  
270 Bedürfnissen verschiedener Personengruppen zu beschäftigen. Bei der Betrachtung  
271 der unterschiedlichen Dimensionen der Veranstaltungsplanung, wie etwa Bewerbung,  
272 Thema, Kosten, Ort, Zeit und Verpflegung, wird schnell deutlich, dass  
273 verschiedene Personengruppen und Individuen sehr unterschiedliche Bedürfnisse  
274 mitbringen. Da die Zielgruppe der GRÜNEN JUGEND Hamburg alle jungen Menschen  
275 unter 28 Jahren umfasst, ist es nötig, die diversen Bedürfnisse bei der  
276 Organisation von Veranstaltungen stets im Blick zu behalten. Dies kann zum  
277 Beispiel mithilfe einer Tabelle, wie wir sie im Workshop „Vielfaltssensible  
278 Veranstaltungsplanung“ von *umdenken* Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg e.V.  
279 kennengelernt haben, erfolgen (Anlage 1). Außerdem können in Gesprächen mit  
280 Vertreter\*innen verschiedener Gruppen gezielt Bedürfnisse und thematische  
281 Interessen abgefragt werden und Feedback zu Veranstaltungen eingeholt werden.  
282 Im Fokus sollten hierbei insbesondere die zuvor genannten Problemfelder (Zeit,  
283 Sprache, Wissensmanagement) und Lösungsansätze stehen.

284 Ebenso müssen bei der Bewerbung und Ankündigung von Veranstaltungen die bereits  
285 genannten Dimensionen der Vielfaltssensibilität berücksichtigt werden.

### 286 **3.5 Selbstreflexion und Weiterbildung**

287 Die GJHH erkennt an, dass sie bezüglich der Repräsentation von People of Color  
288 (PoC) sowie von Menschen mit Migrationsgeschichte und Migrant\*innen noch nicht  
289 ausreichend sensibilisiert ist und die Problematiken des strukturellen Rassismus  
290 und der Diskriminierung von Migrant\*innen zu wenig behandelt werden.

291 Zukünftig sollen deshalb Bildungsveranstaltungen und Workshops zur  
292 Sensibilisierung des Verbandes beitragen. Dadurch soll ein Klima der stetigen  
293 Selbstreflexion des Verbandes angestrebt werden, in dem fortlaufend an Maßnahmen  
294 der Verbesserung gearbeitet wird. Außerdem ist die GJHH angehalten, PoC,  
295 Menschen mit Migrationsgeschichte und Migrant\*innen explizit zu ermutigen, sich  
296 in die Arbeit des Verbandes einzubringen.

297 Darüber hinaus ist eine thematische Auseinandersetzung mit den oben genannten  
298 Problematiken entscheidend, um das Selbstverständnis der GJHH zu kommunizieren.  
299 Deshalb sollten z.B. in Arbeitskreisen Anträge erarbeitet werden, die etwa die  
300 antirassistische Grundhaltung des Verbandes ausdifferenziert nach innen und nach  
301 außen tragen. Gerade mit dem Ziel der stärkeren Repräsentation von PoC, Menschen  
302 mit Migrationsgeschichte und Migrant\*innen ist es wichtig, die GJHH als  
303 antirassistischen und diskriminierungsfreien Verband zu präsentieren, der aktiv  
304 gegen die gesellschaftlichen Probleme angeht.

#### 305 **4. Zusammenfassung - Die Zukunft der GRÜNEN JUGEND Hamburg als offener Raum für** 306 **ALLE!**

307 Zum Abschluss sei also gesagt, dass die GJHH sich zur Diversität bekennt. Wir  
308 wollen unsere bisherigen Maßnahmen zur Unterstützung der Vielfaltssensibilität  
309 weiterführen, ausbauen und verstärken. Denn es ist uns ein Anliegen die  
310 Motivation politisch aktiv zu werden auf allen Ebenen und von allen jungen  
311 Menschen der Gesellschaft zu fördern. Hierfür braucht es alles in allem diverse  
312 Formen und Angebote von politischer Bildung, Straßenaktionen und Möglichkeiten  
313 der Eigeninitiative.

314 Wir wollen sowohl Menschen, die sich bisher noch nicht politisch betätigen,  
315 darin bestärken dies zu tun und ihnen einen Ort zum Ausprobieren bieten und  
316 andererseits auch Parteiverdrossenheit begegnen. Hierfür wollen wir in  
317 Bündnissen präsent sein, Hemmschwellen senken und Partizipationsmöglichkeiten  
318 bieten, ebenso wie Raum für Selbstreflexion und kritische Auseinandersetzung  
319 lassen.

320 Im Folgenden sind einige konkrete Vorschläge zur Erweiterung des Verbandes im  
321 Sinne der Vielfaltssensibilität zu finden. Diese stellen jedoch nur ein erstes  
322 Votum und Lösungsvorschläge dar. Es handelt sich also weder um geltende  
323 Satzungsänderungsanträge noch um verpflichtende Handlungsanweisungen. Die  
324 Projektgruppe Partizipation sieht die Ermöglichung von Partizipation jederzeit  
325 als einen Prozess, der fortgeführt, hinterfragt, evaluiert und verändert werden  
326 muss.

327 Nachfolgend die entwickelte Liste konkreter Arbeitsaufträge und  
328 Lösungsvorschläge, die weiterentwickelt, umgesetzt oder diskutiert werden  
329 können:



330 Die GRÜNE JUGEND Hamburg möchte...

- 331 • ... von nun an klare Fragesymbole in Form von Handzeichen (Language-L und  
332 Frage-Dreieck) in ihre Gesprächskultur integrieren, um eine offene  
333 Atmosphäre, in der Fragen erwünscht sind, zu ermöglichen.
  
- 334 • ...die Entwicklung eines dauerhaften Zuhör- und Awarenessteams angehen und  
335 ihre Aktiven durch Fortbildungen darin unterstützen sensibel für plurale  
336 Bedürfnisse zu sein.
  
- 337 • ...verstärkt Triggerwarnungen, also Hinweise vor Thematisierung  
338 gegebenenfalls belastender Inhalte, aussprechen und damit einen  
339 vielfaltssensiblen Raum, in dem sich alle sicher fühlen können, schaffen.
  
- 340 • ...sich mindestens sechs Mal pro Jahr mit einer Aktion oder Veranstaltung  
341 in einen Außenbezirk Hamburgs begeben, um auch dort ansässigen jungen  
342 Menschen nahegelegene politische Veranstaltungen zu bieten.
  
- 343 • ...alle Veranstaltungen (inklusive Sitzungen) in den Kalender der GJHH  
344 hochladen und somit veröffentlichen, um Transparent zu sein und Teilhabe  
345 nicht nur durch "schon-im-Club"-Sein zu definieren.  
346
  - 347 ◦ Hierfür ist es auf die Dauer notwendig Mailaccounts für  
348 Koordinator\*innen aller Gremien zur Verfügung zu stellen, sowie  
349 einen intuitiv verwendbaren Kalender mit verschiedenen Ebenen zu  
350 entwerfen,  
351
  - sowie Verständnis für das Nutzen aller technischer Möglichkeiten bei  
allen Aktiven zu schaffen.
  
- 352 • ...zu ihren Veranstaltungen (möglichst) mind. 2 Wochen im Voraus knappe  
353 Ankündigungen schreiben, die langfristige Planung und gegebenenfalls  
354 Vorbereitungen ermöglichen.
  
- 355 • ...außerdem zu allen explizit Einsteiger\*innen-freundlichen  
356 Veranstaltungen Einladungen zusätzlich zur Website auch über Facebook  
357 verschicken, um öffentlich dazu aufzurufen.
  
- 358 • ... planen, eine konkrete Veranstaltung (zum Beispiel ein groß-angelegtes  
359 Neuen- und Interessiertentreffen) langfristiger zu bewerben und im ganzen  
360 Metropolgebiet zu plakatieren. Dies kann in regelmäßigen, größeren  
361 Abständen wiederholt werden.
  
- 362 • ...ein Kooperationskonzept entwickeln, das uns mit anderen, uns politisch  
363 nahestehenden, Verbänden im Sinne des interkulturellen Austauschs  
364 verbindet (etwa durch Vorträge über Jugendbeteiligung in der Politik,  
365 Vernetzungstreffen in Jugendzentren oder die gezielte Kooperation mit  
366 Jugendverbänden).
  
- 367 • ...Gespräche mit verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen aufnehmen und

- 368 gezielt über ihre (vielfältigen) Bedürfnisse sprechen und darüber, wie wir  
369 vielfältigen Menschengruppen das Mitmachen erleichtern können, um hieraus  
370 wiederum neue Ansätze zur Teilhabe zu entwickeln.
- 371 • ...auch außerhalb von Wahlkämpfen auf der Straße mit jungen Menschen das  
372 Gespräch suchen, um persönliche Kontaktpunkte zu schaffen und vor Ort  
373 aktiv zu sein.
- 374 • ...einen Erfolgskatalog erstellen und diesen zum Aufzeigen beispielhafter  
375 Handlungsperspektiven in die Außenkommunikation und das Neuen- und  
376 Interessiertentreffen einbinden.
- 377 • ...vielfaltssensible Veranstaltungsankündigungen schaffen, die immer auch  
378 eine kurze englischsprachige Zusammenfassung beinhalten und (auf  
379 rechtzeitige Anfrage) folgende Angebote anbieten:
- 380     ◦ Kinderbetreuung  
381     ◦ digitale Teilnahmemöglichkeiten  
382     ◦ (Gebärden-)Dolmetscher\*innen (oder alternativ nichtprofessionelle  
383     Übersetzungen von uns)  
384     ◦ gegebenenfalls eine Verpflegung, die auf individuelle Bedürfnisse  
385     und Unverträglichkeiten Rücksicht nimmt
- 386 • ...explizit Einsteiger\*innen-freundliche Veranstaltungen schaffen, die  
387 spätestens um 21:00 Uhr zu Ende sind. Auch Sitzungen und  
388 Arbeitsgruppentreffen sollten nach Möglichkeit nicht länger als 21 Uhr  
389 gehen.
- 390 • ...ein Verpflegungsstatut erarbeiten, welches die finanzielle Erstattung  
391 erhöhter individueller Verpflegungskosten während Sitzungszeiten sowie die  
392 Verpflegung der Teilnehmenden von Veranstaltungen regelt.
- 393 • ...ab jetzt sämtliche entstehende Flyer- und Informationsmaterialien auch  
394 auf Englisch zur Verfügung stellen.
- 395 • ...eine Checkliste zur Überprüfung eigener Materialien auf  
396 Vielfaltssensibilität erstellen.
- 397 • ...einen Leitfaden für vielfaltssensible Veranstaltungsplanung entwickeln.
- 398 • ...die Wissensdatenbank und Cloud bekannter machen und systematischer  
399 nutzen.
- 400 • ...ein Dokumentationssystem von Veranstaltungen entwickeln, welches unter  
401 anderem Folgendes beinhalten soll: ein Referierenden-Register,  
402 Ergebnisprotokolle unserer Bildungs- und Diskussionsveranstaltungen, alle  
403 gezeigten Präsentationen, genutzte Texte und weitere Materialien.

- 404 • ...langfristig eine einheitliche Plattform oder Cloud entwickeln, die alles  
405 Obengenannte zusammenfasst. Dort soll es eine strukturierte, intuitive  
406 Ordnerstruktur im Sinne des barrierefreien Wissensmanagements für Aktive  
407 (inhaltlich, strukturell, methodisch) geben und ebenso Chat- wie  
408 Organisationsstrukturen eingebunden werden.
  
- 409 • ...einen monatlich stattfindenden "Method-Monday" im Sinne eines Mitmach-  
410 Wissensbuffet einrichten. Dort sollen allgemeine und thematische Fragen  
411 von Neuen Platz finden und Diskussionsforen zur kritischen  
412 Selbstreflektion, spezifischeren Fragen, Strategien und großen Plänen  
413 eröffnet werden. Denkbar ist hierfür eine Art Stationen-Lernen mit  
414 verschiedenen, individuellen Inputs, Möglichkeiten zur Einarbeitung und  
415 offenen Debatte in einem gemütlichen und ergebnisoffenen Rahmen.
  
- 416 • ...Kompetenzentwicklung entschieden fördern und hierfür regelmäßig  
417 Potentiale von Personen aktiv aussprechen und Räume zur Entwicklung  
418 schaffen.
  
- 419 • ...Aufrufe zu Demonstrationen auf Facebook und der Website mit Termin und  
420 konkretem Treffpunkt versehen, um allen Interessierten zu ermöglichen,  
421 sich uns anzuschließen. Denn niemand muss alleine auf eine Demo gehen!

## **Begründung**

Bei der vergangenen Landesmitgliederversammlung im Dezember 2018 wurde die neugegründete "Projektgruppe Partizipation" beauftragt, Maßnahmen zu erarbeiten, um Menschen, die es aufgrund ökonomischer, zeitlicher, familiärer und sonstiger Zwänge schwer haben, sich politisch zu engagieren, oder denen der Eindruck vermittelt wird, eine Einbringung sei im Verband nicht möglich oder förderlich, ein Engagement zu ermöglichen, beziehungsweise zu erleichtern.

Dieses Skript stellt dementsprechend ein Rechercheergebnis der „Projektgruppe Partizipation“ dar, aus dem das vierköpfige Team eine Problemanalyse ableitet und dieser entsprechend Lösungsvorschläge für den Landesverband vorstellen möchte. Auf der Landesmitgliederversammlung am 31. März 2019 soll hierfür ein Votum der Mitgliedschaft der GRÜNEN JUGEND Hamburg eingeholt werden. Hierdurch werden die einzelnen Lösungsvorschläge zu Arbeitsaufträgen, mit deren Prüfung, Umsetzung und Ausgestaltung der Verband und seine Gremien beauftragt werden.

## **A1 Gründung des Arbeitskreises Klima, Umwelt und Natur**

Antragsteller\*in: Max Meister, Helen Karnatz, Nina Kicherer,  
Johanna Steinvorth  
Tagesordnungspunkt: 8. Inhaltliche Anträge

### **Antragstext**

1 Seit vergangenem Herbst treffen wir uns regelmäßig, um über Themen aus den  
2 Themenbereichen Klima, Umwelt und Natur zu diskutieren, uns politisch zu  
3 informieren und Einfluss zu nehmen. Nun möchten wir offiziell, unter dem Namen  
4 "Klima, Umwelt und Natur" einen Arbeitskreis und damit ein Organ der GRÜNEN  
5 JUGEND Hamburg werden. Hiermit bitten wir die Landesmitgliederversammlung der  
6 GRÜNEN JUGEND, uns als Arbeitskreis zu bestätigen.

## **A2 AM KARFREITAG WOLLEN WIR TANZEN**

Antragsteller\*in: Emilia "Milla" Fester, Marta Ahmedov, Linus  
Jünemann, Madeleine Cwiertnia, Leon  
Alam, Greta Becker & Jula Meidenbauer  
Tagesordnungspunkt: 8. Inhaltliche Anträge

### **Antragstext**

- 1 Die GRÜNE JUGEND Hamburg spricht sich dafür aus, das Feiertagsgesetz dahingehend
- 2 zu ändern, dass das gesetzliche Verbot von Unterhaltungsveranstaltungen am
- 3 Freitag vor Ostern, dem sogenannten ‚Karfreitag‘, abgeschafft wird.
  
- 4 Ein allgemeingültiges, gesetzliches „Tanzverbot“ aufgrund eines religiösen
- 5 Feiertags einer Glaubensgemeinschaft widerspricht unserem Verständnis eines
- 6 säkularen Staates.

### **Begründung**

Das Feiertagsgesetz regelt den Umgang mit Feiertagen in Deutschland. Dabei sieht es auch sogenannte „stille Tage“ vor, an denen es besondere Einschränkungen gibt. Die Ausgestaltung ist von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich. Eins haben jedoch fast alle Bundesländer gemeinsam: Am Freitag vor Ostern, dem sogenannten „Karfreitag“, sind fast überall „Tanzverbote“ vorgesehen. Dabei steht der Begriff „Tanzverbot“ nicht nur für Tanzveranstaltungen, sondern auch für alle anderen Veranstaltungen mit Unterhaltungswert, die über „Schank- und Speisebetrieb“ hinausgehen.

In Hamburg gilt dieses Verbot von 2 bis 24 Uhr. Davon betroffen ist auch beispielsweise der Frühlingsdom, der in der Regel zur Osterzeit stattfindet.

Die Regelung soll dafür sorgen, dass christlich-gläubigen Menschen, für die dieser Tag außer Frage ein bedeutender Tag der Trauer und der Besinnung ist, der für diese Trauer nötige Respekt gegenüber erbracht wird.

Die GRÜNE JUGEND Hamburg sieht diese Regelung kritisch. Die Toleranz von Religionen und ihren Feiertagen ist eine wichtige Eigenschaft, die jede Gesellschaft haben sollte. Niemand darf an der Ausübung ihrer oder seiner Religion gehindert werden, sofern diese nicht massiv den gültigen Menschenrechten widerspricht. Der Respekt gegenüber Religionen legitimiert aber nicht Gesetze, die auf religiösen Auffassungen fußen.

### **A3 Unser Weg zur Bürger\*innenschaftswahl 2020 - Einsetzung Wahlkampfteam**

Antragsteller\*in: Landesvorstand GJHH

Beschlussdatum: 20.03.2019

Tagesordnungspunkt: 8. Inhaltliche Anträge

#### **Antragstext**

1 Auf unserer nächsten Landesmitgliederversammlung werden wir nicht nur unsere  
2 Spitzenkandidierenden für die Bürger\*innenschaftswahl 2020 wählen und uns  
3 inhaltlich für diese Wahl positionieren, sondern auch ein Wahlkampfteam wählen.

4 Dieses organisiert und koordiniert den Wahlkampf der GRÜNEN JUGEND Hamburg für  
5 die Bürger\*innenschaftswahl 2020. Dafür entwickelt es eine Kampagne und  
6 entsprechende Materialien, verzahnt unseren Wahlkampf mit dem der GRÜNEN Hamburg  
7 und unterstützt unsere junggrünen Kandidierenden. Das Ziel wird sein, in ganz  
8 Hamburg einen sichtbaren und motivierenden GJHH-Wahlkampf zu führen, viele junge  
9 Menschen zu politisieren und zu begeistern und hoffentlich unseren junggrünen  
10 Kandidierenden zum Sprung in die Hamburgische Bürger\*innenschaft zu verhelfen.

11 Aufbauend auf den Erfahrungen vergangener Wahlkämpfe und Wahlkampfteams möchten  
12 wir ein siebenköpfiges Wahlkampfteam einsetzen, welches sich aus den zwei  
13 Spitzenkandidierenden, maximal zwei (weiteren) Personen aus dem Landesvorstand,  
14 sowie weiteren Menschen aus der GJHH-Basis zusammensetzt. Die Mitarbeit in  
15 dieser Gruppe soll allen offen stehen und Plätze müssen quotiert besetzt sein (4  
16 FIT\*, 3 offen).

## **A4 Aufgabenbeschreibungen der LaVo-Ämter und Arbeitsauftrag zur Weiterentwicklung**

Antragsteller\*in: Landesvorstand GJHH  
Beschlussdatum: 20.03.2019  
Tagesordnungspunkt: 8. Inhaltliche Anträge

### **Antragstext**

1 Die Landesmitgliederversammlung hat im September 2018 dem LaVo die Aufgabe  
2 gegeben "bis zur nächsten nicht außerordentlichen Landesmitgliederversammlung  
3 Aufgabenbeschreibungen der verschiedenen Ämter [...] zu entwickeln".

4 Ziel bei der Erarbeitung der vorliegenden Aufgabenbeschreibungen war es die  
5 Beschreibungen einerseits so allgemein zu formulieren, dass der LaVo weiterhin  
6 flexibel Aufgaben verteilen und arbeiten kann und andererseits die  
7 Beschreibungen so konkret zu machen, dass es möglich ist sich auch als neues  
8 Mitglied ein Bild von den Aufgabenbereichen zu machen.

### **9 Sprecher\*innen**

10 Die Sprecher\*innen vertreten die GRÜNE JUGEND Hamburg und ihre Positionen durch  
11 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Teilnahme an Veranstaltungen und anderen  
12 Formen der Einbringung in die öffentliche Auseinandersetzung nach außen. Sie  
13 sind das Gesicht der GRÜNEN JUGEND Hamburg in der Öffentlichkeit, auch im  
14 Internet, gegenüber der Partei und dem Bundesverband der GRÜNEN JUGEND. Dafür  
15 haben sie stets einen guten Überblick über aktuelle Tagespolitik und politische  
16 Diskussionen.

### **17 Politische Geschäftsführung**

18 Die politische Geschäftsführung trägt die Verantwortung für die Organisation und  
19 Struktur der GRÜNEN JUGEND Hamburg, sowie die Weiterentwicklung dieser. Die  
20 politische Geschäftsführung koordiniert im Verband die Arbeit des  
21 Landesvorstands sowie Termine und Fristen. Sie informiert über Veranstaltungen  
22 und aktuelle Entwicklungen und ist verantwortlich für die Vorbereitung von  
23 Sitzungen. Außerdem stellt sie die Schnittstelle zur organisatorischen  
24 Geschäftsführung da. Hierfür behält sie immer den Überblick darüber, was im  
25 Verband gerade passiert und koordiniert die Vernetzung mit der Partei und dem  
26 Bundesverband der GRÜNEN JUGEND.

### **27 Schatzmeister\*in**

28 Der\*die Schatzmeister\*in ist verantwortlich für die finanzielle Gestaltung der  
29 GRÜNEN JUGEND Hamburg. Dabei geht es darum, eine Finanzierung der Projekte der  
30 GRÜNEN JUGEND Hamburg sicherzustellen, die aktuelle finanzielle Situation im

31 Blick zu haben und eine kurz-, mittel- und wenn möglich langfristige  
32 Finanzplanung aufzusetzen. Der\*die Schatzmeister\*in vertritt die GRÜNE JUGEND  
33 Hamburg im Bundesfinanzausschuss der GRÜNEN JUGEND und im Landesfinanzrat der  
34 GRÜNEN Hamburg. Er\*sie ist verantwortlich für das Aufstellen, Überwachen und  
35 Kommunizieren des Haushalts und die Beantragung und Abrechnung von Zuschüssen  
36 z.B. über den Ring Politischer Jugend (RPJ).

### 37 **Beisitzer\*innen**

38 Die Beisitzer\*innen haben eine große Freiheit ihre Aufgaben selbst zu gestalten  
39 und dadurch die Möglichkeit eigene Akzente und Themen zu setzen sowie Themen und  
40 Projekte anzustoßen. Sie übernehmen die Verantwortung für diese Themen bzw.  
41 Projekte indem sie die Bildungsarbeit und Veranstaltungen der GRÜNEN JUGEND  
42 Hamburg koordinieren, stellen die Schnittstelle zu internen Gremien,  
43 Arbeitskreise und Projektgruppen dar, vertreten die GRÜNE JUGEND Hamburg in  
44 Bündnissen, arbeiten inhaltlich zu politischen Themen und stellen die  
45 Beteiligung und Einbindung von Aktiven und neuen Interessierten sicher.

### 46 **FIT\*- und genderpolitische\*r Sprecher\*in**

47 Der\*die FIT\*- und genderpolitische\*r Sprecher\*in ist verantwortlich für die  
48 innerverbandliche Förderung von queerfeministischen Themen und Haltungen sowie  
49 die Förderung von FIT\*-Personen. Als Sprecher\*in stellt sie\*er auch das äußere  
50 Auftreten als queerfeministischer Verband sicher. Die\*Der Sprecher\*in vernetzt  
51 die feministische Arbeit der GRÜNEN JUGEND Hamburg mit den GRÜNEN Hamburg und  
52 steht dafür im Austausch mit der Frauenpolitischen Sprecher\*in im Landesvorstand  
53 der GRÜNEN Hamburg.

### 54 **Arbeitsauftrag**

55 Der Landesvorstand wird beauftragt im Rahmen einer Projektgruppe mögliche  
56 Veränderungen der Struktur des Landesvorstands zu diskutieren und der nächsten  
57 Landesmitgliederversammlung Vorschläge hierzu vorzulegen.



## **A5 Solarenergie für alle!**

Antragsteller\*in: Philipp Rösch, Max Meister, Helen Karnatz,  
Johanna Steinvorth, Nina Kicherer, Marco  
Heid, Marta Ahmedov, Andreas Strube  
Tagesordnungspunkt: 8. Inhaltliche Anträge

### **Antragstext**

- 1 Deutschland wird seine Klimaziele für 2020 deutlich verfehlen, nicht zuletzt,  
2 weil ein Großteil der Energieerzeugung immer noch auf fossilen Brennstoffen  
3 beruht. Für eine klimafreundliche Energieversorgung muss die Stadt Hamburg ihren  
4 Teil zum Ausbau von erneuerbaren Energien beitragen.
- 5 Die Grüne Jugend Hamburg fordert deshalb den großflächigen Ausbau von  
6 dezentralen Photovoltaik(1)- und Solarthermieranlagen(2) auf den geeigneten  
7 Dachflächen in Hamburg.
- 8 Dabei muss die Stadt mit ihren öffentlichen Gebäuden als Vorbild vorangehen und  
9 schnellstmöglich alle nutzbaren Dachflächen der städtischen Gebäude mit  
10 Solaranlagen ausstatten.
- 11 Außerdem fordern wir die Stadt Hamburg auf, eine Genossenschaft zu gründen, die  
12 Solaranlagen für die Bürger\*innen (mit-)finanziert und aufbaut. Solaranlagen  
13 werden für alle geeigneten Hausdächer von Neubauten und öffentlichen Gebäuden  
14 verpflichtend, Besitzer\*innen von Bestandsgebäuden(3) können ein Veto gegen  
15 diese Verpflichtung einlegen.
- 16 Wenn sie keinen Einspruch einlegen, können die Besitzer\*innen entscheiden, ob  
17 sie die Solaranlage selbst finanzieren möchten. Sie erhalten dann auch die  
18 Erlöse durch die Energieeinspeisung. Dabei ist zu beachten, dass der Bau einer  
19 Solaranlage keine Sanierungsmaßnahme ist, wodurch ein Umlegen der durch den Bau  
20 entstehenden Kosten auf eventuelle Mieter\*innen nicht zulässig ist. Ein Umlegen  
21 der Kosten ist auch nicht nötig, da sich Solaranlagen nach bereits 11-13 Jahren  
22 amortisieren (Tendenz sinkend). Falls die Besitzer\*innen die Anlage nicht selbst  
23 finanzieren möchten, wird dieses Bauvorhaben von der Genossenschaft übernommen.  
24 Die Hausbesitzer\*innen erhalten Anteile aus den Gewinnen der Stromerzeugung als  
25 eine Art Pacht.
- 26 Es können sowohl Photovoltaik- als auch Solarthermieranlagen installiert werden.
- 27 Alle Interessierten können Genossenschaftsanteile erwerben.
- 28 Das Ziel ist die hundertprozentige Ausnutzung des solaren Potentials in Hamburg  
29 bis 2025 und der Aufbau eines genossenschaftlichen Modells, das allen in Hamburg  
30 lebenden Menschen zu Gute kommen wird.

- 31 (1) Photovoltaikanlagen sind Solaranlagen bestehend aus Solarzellen, die zur  
32 Stromerzeugung genutzt werden
- 33 (2) Solarthermieanlagen sind Solaranlagen bestehend aus Flächenkollektoren, die  
34 zur Erzeugung von Warmwasser für Raumheizung oder warmem Trinkwasser genutzt  
35 werden
- 36 (3) Bestandsgebäude umfassen alle bereits bestehenden Gebäude, im Gegensatz zu  
37 noch zu errichtenden Neubauten

### **Begründung**

Für eine nachhaltige, klimafreundliche Energieerzeugung ist der Ausbau von Solaranlagen zwingend notwendig. Auf Bundesebene fordert Bündnis 90/ Die Grünen bis 2030 eine 100%ige Stromversorgung aus Erneuerbaren Energien. Damit das gelingt, müssen die vorhandenen Potentiale in Deutschland aber auch genutzt werden. Hamburg hat durch seine dichte städtische Bebauung nur begrenzt Möglichkeiten für den Ausbau von Erneuerbaren Energien. Doch gerade die vielen Dächer bieten sich sehr gut zur Nutzung von Photovoltaik- und Solarthermieanlagen an.

Bisher wird das Leistungspotential von Photovoltaikanlagen in Hamburg allerdings nur zu knapp 2% genutzt, die Dachflächenpotentiale für Solarthermie sogar nur zu 0,6%. Bestehende Fördermöglichkeiten sind offensichtlich nicht ausreichend, um den Ausbau von Solarenergie in Hamburg voranzutreiben. Dieser soll deshalb verstärkt durch die Verpflichtung für bestimmte Gebäude sowie die attraktiven Finanzierungsmöglichkeiten durch die städtische Genossenschaft gefördert werden.

## **A6 Wer hier ist, ist Hamburger\*in: Hamburg wird Solidarity City**

Antragsteller\*in: Madeleine Cwiertnia, Leon Alam  
Tagesordnungspunkt: 8. Inhaltliche Anträge

### **Antragstext**

- 1 1. Präambel
- 2 2. Freedom to stay
- 3 3. Stop all deportations!
- 4 4. Legal advice them
- 5 5. Inclusive education
- 6 6. Health care is a right not a privilege
- 7 7. Right to work and to be protected against exploitation and abuse
- 8 8. In Hamburg at home
- 9 9. Empowerment now!
- 10 10. Never mind the papers

11 ---

12 Hamburg soll "Solidarity City" werden und so für Menschen ohne Papiere und /  
13 oder mit prekärem Aufenthaltsstatus die Wahrung der Menschenrechte sowie eine  
14 soziale, wirtschaftliche und kulturelle Teilhabe an der Stadtgesellschaft  
15 sicherstellen.

16 Am 26. September 2018 hat sich Hamburg gemeinsam mit Bremen und Berlin zum  
17 sicheren Hafen erklärt. Ein 'sicherer Hafen' zu sein bedeutet einerseits die  
18 inhumane Grenzabschottung und Kriminalisierung der Seenotrettung im Mittelmeer  
19 zu verurteilen und die Möglichkeiten zur Aufnahme von Überlebenden  
20 auszuschöpfen. Es bedeutet andererseits aber auch, allen, die bereits in unseren  
21 Städten leben, ein Leben in Sicherheit und Würde zu gewährleisten. So stehen die  
22 Rechte der UN-Menschenrechtskonvention allen Menschen unabhängig von ihrem  
23 Aufenthaltsstatus zu. Darunter fallen die Rechte auf Freizügigkeit (Artikel 13),  
24 soziale Absicherung und ärztliche Versorgung (Artikel 25), Bildung (Artikel 26)  
25 sowie das Recht auf Arbeit (Artikel 23). Auch das deutsche Grundgesetz benennt  
26 zahlreiche Rechte, die allen Menschen in Deutschland zustehen.

27 Zwar verweigert das bestehende Aufenthalts- und Asylrecht auf Bundesebene  
28 teilweise diese Rechte, der Stadt Hamburg stehen als Bundesland jedoch laut  
29 Verfassung rechtliche Spielräume zur Verfügung, Verwaltungsvorschriften und  
30 Gesetze zu erlassen und die Bundesgesetze nach eigenem Ermessen auszuführen.

31 Wir fordern deshalb, dass alle in Hamburg lebenden Menschen als Hamburger\*innen  
32 anerkannt werden. Als ersten Schritt soll Hamburg dafür dem Beispiel Berlin  
33 folgen und dem europäischen Städteverbund "Solidarity Cities" beitreten. Hamburg  
34 sollte sich in diesem Verbund in den kollektiven Prozess einbringen und  
35 gemeinsam mit den anderen "Solidarity Cities" Ideen und Maßnahmen entwickeln,  
36 wie Städte solidarisch gestaltet werden können. Dieser Schritt kann auch als

37 Signal fungieren und anderen Städten zeigen, dass transnationale Zusammenarbeit  
38 bei der Gestaltung solidarischer Städte möglich ist und so andere Städte zum  
39 Nachziehen motivieren.

40 Über den eher symbolischen Beitritt hinaus fordern wir, dass die Stadt aktive  
41 Maßnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung ergreift, um die Lebenssituation aller  
42 Menschen, denen grundlegende Rechte verwehrt werden, zu verbessern.

43 ---

## 44 **2. Freedom to stay**

45 Die Stadt Hamburg hat als Bundesland umfassende Spielräume, das Asyl- und  
46 Aufenthaltsrecht zugunsten einer menschenrechtsorientierten Politik zu nutzen.  
47 Wir fordern, dass die Stadt die unverbindlichen restriktiven Anwendungshinweise  
48 des Bundesinnenministeriums ignoriert. Stattdessen sollten die  
49 Ausländer\*innenbehörden durch Verwaltungsvorschriften dazu verpflichtet werden,  
50 die Spielräume des Bundesrechts weitgehend zu nutzen. So sollen etwa noch mehr  
51 Menschen mit Duldung anhand der § 25a und § 25b AufenthG eine  
52 Aufenthaltserlaubnis erteilt bekommen. Dabei soll der aktuelle Trend verstetigt  
53 und ausgeweitet werden, potenzielle Nutzer\*innen auf die Möglichkeiten  
54 hinzuweisen.

55 Nach §23 AufenthG können Landesbehörden zudem aus humanitären Gründen  
56 Aufenthaltserlaubnisse an Personengruppen erteilen. Die notwendige Zustimmung  
57 des Bundesinnenministeriums darf dabei nicht aus rein politischen Gründen  
58 verweigert werden. Wir fordern, dass die Stadt mit allen Mitteln auf ihr Recht  
59 plädiert und so auch aus Seenot geretteten Menschen direkten Schutz gewährt.

60 Der Senat wird weiterhin aufgefordert, zu prüfen, inwiefern die Einführung einer  
61 zusätzlichen Visa-Art dazu dienen kann, mehr Menschen einen Aufenthalt in der  
62 Stadt zu ermöglichen.

## 63 **3. Stop all deportations!**

64 Menschen mit prekärem oder ohne Aufenthaltsstatus leben häufig aus Furcht vor  
65 Abschiebung in existenzieller Angst vor Polizei, Verwaltung und Behörden. Der  
66 Senat kann und muss Abschiebungen aus der eigenen Stadt verhindern. Wir fordern  
67 die Erteilung einer klaren Verwaltungsvorschrift an alle staatlichen  
68 Einrichtungen und Institutionen (z.B. Meldestellen, Krankenhäuser oder der  
69 Polizei), nach welcher der Aufenthaltsstatus nicht abgefragt werden soll.

70 Darüber hinaus verurteilen wir die pauschalisierende Dichotomie zwischen  
71 "sicheren" und "unsicheren" Herkunftsländern. Wir fordern die Stadt auf, die  
72 Ausweitung der sicheren Herkunftsländer im Bundesrat abzulehnen. Außerdem sollen  
73 Abschiebungen in sichere Herkunftsländer, wie auch alle weiteren drohenden  
74 Abschiebungen über Gesetzesspielräume wie der Ermessensduldung nach § 60a Abs. 2  
75 S.3 AufenthG gestoppt werden. Dabei sollen auch die Hürden gesenkt werden,  
76 Nachweise für abschiebungsverhindernde Umstände - etwa Nachweise von psychischen  
77 Erkrankungen - zu erhalten.

78 Wir verurteilen zudem entwürdigende Kostenkalkulationen der Härtefallkommission  
79 bei der Beurteilung von Abschiebestopps. Stattdessen fordern wir, nach dem  
80 Berliner Vorbild, die Ausschöpfung der Möglichkeiten der Kommission bei der  
81 Verhinderung von Abschiebungen.

82 ---

### 83 **Access without fear!**

84 Nur wer keine Angst haben muss, jederzeit abgeschoben zu werden, kann das eigene  
85 Leben gestalten. Über den gesicherten Aufenthaltsstatus hinaus ist dafür aber  
86 der Zugang zu grundlegenden Rechten und allen Ressourcen der Stadt notwendig.

### 87 **4. Legaladvice them!**

88 In Hamburg existieren bereits einige Rechtberatungsstellen, die Menschen  
89 ermöglichen ihre gesetzlichen verankerten Rechte kennenzulernen und vor allem  
90 wahrzunehmen. Um den Menschen, die auf diese Beratung angewiesen sind, den  
91 Zugang zu erleichtern, fordert die Grüne Jugend Hamburg die Einrichtung einer  
92 niedrigschwelligen koordinierenden Stelle, die als erste Anlaufstelle fungieren  
93 kann und die Menschen so an die weiteren passenden Institutionen vermittelt.

94 Vor allem aber müssen die bereits bestehenden Stellen finanziell stärker  
95 gefördert werden, sodass diese unabhängig von unsicheren Förderungen  
96 ausreichende Beratungskapazitäten zur Verfügung stellen und sozialraumnahe  
97 Angebote schaffen können.

98 Desweiteren fordern wir Rechtsbelehrungen für Menschen nicht-deutscher  
99 Muttersprache in der jeweils benötigten Sprache zur Verfügung zu stellen, sodass  
100 jeder Mensch in Hamburg umfassendes Wissen über seine rechtlichen Umstände  
101 erhält.

102 Ein weiterer Missstand im rechtlichen Bereich ist, dass Rechtsmittel bei  
103 Menschen, die behördlich nicht aufgefunden werden, bereits als zugestellt  
104 gelten, wenn sie öffentlich zugänglich gemacht sind. Somit verstreichen Fristen,  
105 bevor Menschen, die beispielsweise durch Obdachlosigkeit keine Meldeanschrift  
106 haben, überhaupt über diese Rechtsmittel Bescheid wissen. Anknüpfend an diesen  
107 Umstand fordern wir einen Beginn der Widerrufsfristen erst ab tatsächlicher  
108 Zustellung der Rechtsmittel.

### 109 **5. Inclusive education**

110 Laut Paragraph 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte hat jeder Mensch  
111 das Recht auf diskriminierungsfreien Zugang zur Bildung.

112 Um allen Kindern unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus den Zugang zur Schule zu  
113 ermöglichen, sollte das Schulpersonal in Hamburg flächendeckend zur Rechtslage  
114 von Kindern mit prekärem oder illegalisiertem Aufenthalt geschult und für die  
115 Lage betroffener Familien sensibilisiert werden.

116 Neben einer gezielten intensiven Sprachförderung in Kleingruppen, sollte schon  
117 früh für alle Kinder die Eingliederung in inklusiv gestaltete Regelklassen  
118 angebahnt werden, sodass diese schon möglichst von Beginn an am regulären  
119 Schulleben teilhaben können.

120 Um in Hamburg anzukommen und ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Teilhabe zu  
121 erreichen, sind Sprachkenntnisse für alle Menschen unabhängig ihres  
122 Aufenthaltsstatus eine Grundvoraussetzung. Daher müssen kostenlose Sprachkurse  
123 für alle Menschen geschaffen und geöffnet werden.

## 124 **6. Health care is a right not a privilege**

125 Zur gesundheitlichen Versorgung für Menschen unabhängig von ihrem  
126 Aufenthaltsstatus hat die Stadt Hamburg 2012 die "Clearingstelle für  
127 medizinische Versorgung von Ausländerinnen und Ausländern" eingeführt. Wir  
128 begrüßen, dass durch diese Stelle Menschen beraten, in das  
129 Regelkrankenversicherungssystem aufgenommen und in akuten Fällen  
130 Behandlungskosten für Menschen ohne Krankenversicherungsschutz übernommen  
131 werden.

132 Zur Ausweitung der Versorgung fordern wir eine erhebliche Aufstockung der  
133 Notfallfonds der Clearingsstelle, um mehr Menschen eine gute Versorgung zu  
134 gewährleisten.

135 Auch wenn die Stadt Hamburg mit der Clearingstelle einen guten ersten Schritt  
136 gegangen ist, weist die gesundheitliche Versorgung immer noch große Lücken auf.

137 Daher fordert die Grüne Jugend Hamburg die Einführung eines niedrigschwellig  
138 zugänglichen, langfristig angelegten, anonymen Krankenscheins. Dieser würde den  
139 Menschen das Recht auf freie Ärzt\*innenwahl bieten.

140 Die Kostenübernahme nach §25 SGB XII ist eine gute Möglichkeit, Menschen die  
141 Übernahme von medizinischen Kosten im Akutfall zu erstatten. Diese Regelung muss  
142 jedoch zwingend zuverlässiger und transparenter angewandt werden, sodass  
143 Leistungsbringer\*innen nach erfolgter Behandlung nicht mit den Kosten allein  
144 bleiben und in der Folge keine notwendigen Behandlungen mehr durchführen.

145 Insbesondere in der Versorgung von Menschen mit psychologischen/psychiatrischen  
146 Bedarfen wurden eklatante Defizite sichtbar. Diese Menschen benötigen  
147 langfristig angelegte therapeutische Unterstützung, die aus dem Notfallfonds  
148 aktuell nicht übernommen werden kann. Anknüpfend muss auch die Übernahme der  
149 Kosten für Psychopharmaka zukünftig sichergestellt werden.

150 Wie bereits 2015 im Koalitionsvertrag der Hamburger Bürgerschaft zwischen SPD  
151 und Grünen versprochen, fordern wir den Aufbau eines Zentrums, das die bereits  
152 agierenden Träger und Initiativen vernetzt und so das Finden psychologischer  
153 Unterstützung für die Menschen erleichtert.

154 Zudem sollte allen Menschen mit Unterstützungsbedarf ermöglicht werden, ihr  
155 Recht auf Eingliederungshilfe zu nutzen. Dazu fordert die Grüne Jugend Hamburg

156 die Behörden auf, ihren Ermessensspielraum zu nutzen, sodass die betroffenen  
157 Personen nicht erst nach 15 Monaten Unterstützung erhalten.

## 158 **7. Right to work and to be protected against exploitation and abuse**

159 Gerade für Menschen mit Duldung oder ohne Aufenthaltsstatus ist es äußerst  
160 schwierig, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. So benötigen geduldete Menschen  
161 eine Arbeitsgenehmigung von der Ausländer\*innenbehörde. Wir fordern dabei die  
162 Ausschöpfung des Ermessensspielraumes, sodass für möglichst viele Menschen  
163 reguläre Erwerbsmöglichkeiten sichergestellt werden.

164 Wir begrüßen es, dass die Stadt bereits einigen abgelehnten Asylbewerber\*innen  
165 mit Hilfe der 3+2-Regelung eine Ausbildung und anschließende Erwerbstätigkeit  
166 ohne ständige Angst vor Abschiebung ermöglicht. Die bundesrechtlich vorgegebenen  
167 Anforderungen wie Deutschkenntnisse und ein gesicherter Wohnort verhindern  
168 jedoch die noch konsequentere Umsetzung. Die Stadt muss deshalb Strukturen  
169 schaffen und erweitern, um potenziellen Nutzer\*innen die Erfüllung der  
170 Anforderungen zu ermöglichen.

171 Die UN-Menschenrechtscharta beschreibt darüber hinaus nicht nur das Recht auf  
172 Arbeit, sondern auch das Recht auf angemessene Arbeitsbedingungen für alle  
173 Menschen. Wir fordern die konsequente Durchsetzung gleichwertiger  
174 Arbeitsbedingungen für Menschen mit Duldung sowie für illegalisierte Menschen.  
175 Gerade illegalisierte Menschen sind, in der Angst gemeldet zu werden, häufig  
176 gezwungen, unter ausbeuterischen Verhältnissen zu arbeiten. Auch ihnen stehen  
177 jedoch Arbeitnehmer\*innenrechte wie Mindestlohn und eine sichere  
178 Arbeitsplatzumgebung zu. Wir fordern eine umfassende Unterstützung bei der  
179 anonymen Durchsetzung dieser Rechte, ohne die Gefahr der Meldung bei den  
180 Behörden.

## 181 **8. In Hamburg at home**

182 Die Lebensbedingungen in Hamburger Erstaufnahmeeinrichtungen sind weiterhin  
183 erschreckend. Wir nehmen nicht hin, dass Menschen, die in vielen Fällen nach  
184 einer belastenden Migration Hamburg erreichen, in riesigen, überlasteten  
185 Unterkünften, in überfüllten Schlafsälen unter hygienisch unzureichenden  
186 Bedingungen leben müssen. In diesen werden sie in vielen Fällen durch  
187 Sicherheitspersonal nicht ausreichend geschützt und ihnen werden in den meisten  
188 Fällen keine Dolmetscher\*innen und zu wenige Sozialarbeiter\*innen zur Seite  
189 gestellt. Diese prekären Bedingungen führen nur dazu, dass die Menschen nicht  
190 ankommen können und weiterhin unter immensem psychischen Stress stehen. Die  
191 Stadt Hamburg ist in der Verantwortung für diese Menschen schnellstmöglich  
192 angemessene Unterkünfte, im Idealfall nah am Zentrum der Stadt gelegene  
193 Wohnungen, zu schaffen und eine ausreichende Begleitung durch  
194 Sozialarbeiter\*innen im Bedarfsfall mit Unterstützung durch geschulte  
195 Dolmetscher\*innen sicherzustellen.

196 Die grundsätzliche Wohnungssituation ist inzwischen leider für einen großen Teil  
197 der Hamburger Bevölkerung bedrohlich. Besonders aber für Menschen, die  
198 asylverfahrensbedingt oder durch rassistische Auswahlverfahren benachteiligt  
199 sind, ist die Lage oft aussichtslos. Um zu vermeiden, dass diese Menschen in  
200 prekären Mietverhältnissen oder sogar obdachlos leben müssen, fordern wir die

201 Stadt Hamburg auf, den Menschen auch nach Beendigung ihres Asylverfahrens den  
202 Verbleib in der Unterkunft zu ermöglichen, bis diese eine Wohnung gefunden  
203 haben.

204 Diese Option widerspricht im Kern dem Ideal von lebenswerten Wohnen in der  
205 Hansestadt, nachdem alle Menschen inklusiv und mit einem privaten,  
206 selbstgewählten Wohnraum leben können sollten. Daher strebt die Grüne Jugend  
207 Hamburg eine derartige Lösung nur als Notfalloption und als Recht für die  
208 betroffenen Menschen in der aktuell sehr eingeschränkten Wohnungssituation an,  
209 von dem sie nach eigener Entscheidung Gebrauch machen können.

210 Für Menschen mit hohem psycho-sozialem Unterstützungsbedarf sollte die Stadt  
211 Hamburg dringend therapeutische Wohneinrichtungen schaffen, mit dem Ziel nach  
212 und nach möglichst inklusive Wohnformen mit ambulanter Betreuung zu ermöglichen.

## 213 **9. Empowerment now!**

214 Das Leben von Menschen ohne Papiere und / oder prekärem Aufenthaltsstatus ist  
215 hochgradig von hilfsbereiten Menschen, Initiativen, Projekten und Vereinen  
216 abhängig. Diese Abhängigkeit hindert die Menschen daran selbstbestimmt zu leben  
217 und an der Vertretung ihrer eigenen Interessen mitzuwirken.

218 Um sich auf strukturelle Veränderungen und Selbstorganisation konzentrieren zu  
219 können, bietet ein langfristig gesicherter Aufenthaltsstatus die nötige Basis.  
220 Wenn dieser den Menschen geboten wird, kann der Weg zum Empowerment geebnet  
221 werden.

222 Um Empowerment zu fördern, ist es aber auch wichtig, Menschen überhaupt den Raum  
223 und die Bedingungen für Selbstbestimmung zu bieten. Wir fordern die Stadt auf,  
224 bestehende selbstorganisierte Migrant\*innengruppen finanziell zu fördern und  
225 zusätzlich die sozialen Träger darin zu unterstützen interessierten Menschen die  
226 notwendigen Ressourcen (Raum, Wissen, Vernetzung,...) zu bieten.

227 Eine weitere Hürde auf dem Weg zum Empowerment ist der Mangel an Wissen über die  
228 Möglichkeiten. Daher sollte es eine explizite Aufgabe von zuständigen  
229 Sozialarbeiter\*innen sein, den Menschen, mit denen sie zusammenarbeiten, den Weg  
230 zu selbstorganisierten Gruppen offenzulegen.

## 231 **10. Never mind the papers**

232 In den meisten der oben genannten Bereichen hängt der Zugang zu Leistungen und  
233 Institutionen von Papieren ab. Verbesserungen in den einzelnen Bereichen sind  
234 zwar erstrebenswert und sollten schnellstmöglichst umgesetzt werden,  
235 optimalerweise sollte es jedoch ein Dokument geben, das die Probleme in ihrer  
236 Gesamtheit angeht.

237 Wir fordern daher die Einführung einer Urban Citizenship Card, die allen in  
238 Hamburg lebenden Menschen eine umfassende soziale und kulturelle Teilhabe  
239 garantiert. Die Urban Citizenship Card soll insbesondere als Dokument bei  
240 Polizeikontrollen anerkannt werden. Des Weiteren soll sie Zugang zu allen



241 öffentlichen Einrichtungen, sowie zum Arbeitsmarkt, regulärer  
242 Gesundheitsversorgung, Wohnungsmarkt, Bildungssystem sowie sozialen und  
243 kulturellen Institutionen sicherstellen. Darüber hinaus soll sie die  
244 Möglichkeit eröffnen, Verträge abzuschließen und Bankgeschäfte zu tätigen.

## **A7 Gründung des Arbeitskreises Migration und Antirassismus**

Antragsteller\*in: Madeleine Cwiertnia, Leon Alam, Greta  
Becker, Jula Meidenbauer  
Tagesordnungspunkt: 8. Inhaltliche Anträge

### **Antragstext**

- 1 Die GRÜNE JUGEND Hamburg richtet den Arbeitskreis Migration und Antirassismus
- 2 ein.

### **Begründung**

Seit Januar treffen wir uns endlich wieder regelmäßig, um uns über Themen aus den Bereichen Migration und Antirassismus weiterzubilden und gesellschaftliche Veränderungen zu bewirken. Nun möchten wir offiziell, unter dem Namen „Migration und Antirassismus“ einen Arbeitskreis gründen und damit ein Organ der GRÜNEN JUGEND Hamburg werden. Hiermit bitten wir die Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Hamburg uns als Arbeitskreis zu bestätigen.

## **A8 Ein Solidarische Grundeinkommen in Hamburg testen**

Antragsteller\*in: AK Wirtschaft und Soziales  
Beschlussdatum: 22.03.2019  
Tagesordnungspunkt: 8. Inhaltliche Anträge

### **Antragstext**

#### **1 Den Sozialstaat zukunftssicher machen**

2 Der digitale Wandel und fortschreitendes Wirtschaftswachstum stellen unabsehbare  
3 Herausforderungen für Arbeitsmarkt und Sozialstaat da, auf die es bisher keine  
4 Antworten gibt. Daher müssen wir nach alternativen Konzepten suchen und  
5 erforschen, wie sich diese auf die Menschen auswirken wird. Die Grüne Jugend  
6 Hamburg spricht sich deshalb für die Schaffung eines Modellprojekts für ein  
7 solidarisches Grundeinkommen aus.

#### **8 Das Modellprojekt**

9 Im Rahmen des Projekts soll an eine gesellschaftlichrepräsentative Gruppe von  
10 1000 Personen über einen Zeitraum von fünf Jahren ein Grundeinkommen ausgezahlt  
11 werden. Um ein allumfassendes Verständnis der Auswirkungen des Projektes zu  
12 entwickeln fordert die Grüne Jugend Hamburg die Schaffung eines städtischen  
13 Wohlstandslabors, das in Zusammenarbeit mit Hochschulen und gesellschaftlichen  
14 Akteuren den Verlauf und die Ergebnisse dokumentiert und auswertet.

#### **15 Das Solidarische Grundeinkommen**

16 Das Grundeinkommen wird monatlich an alle Menschen, die an dem Projekt  
17 teilnehmen und in Hamburg leben ausgezahlt. Damit möchten wir dafür sorgen, dass  
18 Wohlstand gerecht in der Gesellschaft verteilt wird. Die Höhe des  
19 Grundeinkommens ist an die Höhe des Volkseinkommens gekoppelt. Das  
20 Volkseinkommen ist die Summe aller von Inländer\*innen im In- und Ausland  
21 bezogenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Löhne, Gehälter, Mieten, Zinsen,  
22 Pachten, Unternehmensgewinne) und beschreibt die volkswirtschaftliche  
23 Gesamtleistung. Die Hälfte des Volkseinkommens pro Kopf soll dabei als  
24 Bemessungsgrenze für die Finanzierung des monatlichen Grundeinkommens genutzt  
25 werden.

26 Ziel ist es, das Solidarische Grundeinkommen so zu gestalten, dass auch Menschen  
27 ohne Aufenthaltsgenehmigung und/oder Wohnsitz in Hamburg beziehen können.  
28 Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren erhalten ein Jugendgrundeinkommen dessen  
29 Betrag halb so hoch ist wie der des vollständigen Grundeinkommens, das  
30 Kindergeld wird im Zeitraum des Projekts mit dem Grundeinkommen verrechnet.

31 Weiterhin soll es Menschen möglich sein, auch zusätzlichen Erwerbstätigkeiten

32 nachzugehen. Das Grundeinkommen wird als negative Einkommensteuer gewährt,  
33 sodass es mit anderen Einkünften verrechnet werden kann. Dazu wird eine  
34 Grundeinkommensabgabe in Höhe von 33 Prozent auf alle Bruttoprimäreinkommen  
35 erhoben. Bruttoprimäreinkommen sind alle Einkommen vor Steuern und Abgaben  
36 (Löhne, Gehälter, Dividendenzahlungen, Mieteinnahmen, Gewinne etc.). Die  
37 Differenz dieser Grundeinkommensabgabe und dHöchstsatzes wird im Anschluss als  
38 Grundeinkommen ausgezahlt. Auf diese Weise reduziert sich das ausgezahlte  
39 Grundeinkommen mit steigenden Einkünften. Ab einem bestimmten  
40 Bruttoprimäreinkommen im Monat wird das individuell garantierte Grundeinkommen  
41 nicht mehr ausgezahlt, da die zu entrichtende Grundeinkommensabgabe in diesem  
42 Fall höher ist als das Grundeinkommen.

43 Alle Teilnehmer\*innen des Projekts sollen ein kostenloses, pfändungssicheres  
44 Konto erhalten. Die Pfändungsfreigrenze soll dabei der des Grundeinkommens  
45 entsprechen, sodass ihr Vermögen gesichert ist. Weiterhin soll es einen Anspruch  
46 auf weitere Sozialleistungen wie Wohngeld und zusätzliche Leistungen für  
47 Menschen in besonderen Lebenslagen wie z.B. für Schwangere, Menschen mit  
48 chronischen Krankheiten oder Behinderungen geben.

### **Begründung**

<https://www.grundeinkommen.de/grundeinkommen/grundbegriffe>

Den Beschluss der LDK BaWü aus 2007, der auf Landesebene beschlossen wurde und knapp bei der BDK in Nürnberg scheiterte: <https://www.gruene-bw.de/wp-content/uploads/2015/10/Grundeinkommen.pdf>

Auf der LMV 2017 hat die Grüne Jugend Hessen folgenden Beschluss gefasst: <https://www.gjh.de/frog/beschluesse/lmv-maerz-2017-bedingungsloses-grundeinkommen-konzept-der-gruenen-jugend-hessen/>

Beschluss der GJ zum BGE: <https://gruene-jugend.de/fur-ein-bedingungsloses-grundeinkommen-sozial-und-okologisch-lokal-wie-global/>

BAG Grundeinkommen die Linke

[https://www.die-linke-grundeinkommen.de/fileadmin/lcmsbaggrundeinkommen/PDF/BAG\\_Brosch2016.pdf](https://www.die-linke-grundeinkommen.de/fileadmin/lcmsbaggrundeinkommen/PDF/BAG_Brosch2016.pdf)

## **A9 Die Schuldenbremse abschaffen**

Antragsteller\*in: AK Wirtschaft und Soziales  
Beschlussdatum: 22.03.2019  
Tagesordnungspunkt: 8. Inhaltliche Anträge

### **Antragstext**

1 Die Schuldenbremse ist in ihrer derzeitigen Form nicht geeignet, die  
2 Zukunftsfähigkeit des Bundes und der Länder zu sichern. Sie ist weiterhin nicht  
3 geeignet, ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht zu sichern. Die  
4 Schuldenbremse muss so umgestaltet werden, dass ausreichende  
5 Erhaltungsinvestitionen nicht behindert und Zukunftsinvestitionen ermöglicht  
6 werden. Artikel 72a der Hamburgischen Landesverfassung ist so umzuformulieren,  
7 dass eine Nettoneuverschuldung möglich und durch die Nettokreditaufnahme  
8 begrenzt ist.

### **Begründung**

1. Bund und Länder stehen vor dem Hintergrund von Klimawandel, Verkehrs- und Energiewende sowie von Digitalisierung der Wirtschaft und der Arbeitswelt vor erheblichen Herausforderungen. Dazu sind Investitionen notwendig, die über den Rahmen der Schuldenbremse hinausgehen können. Die Volksvertretungen sollten die Möglichkeit und das Recht haben, diese Investitionen zu beschließen. Sie sollten davon nicht durch formalistische und undemokratische Regelungen abgehalten werden.

#### **2. Die Schuldenbremse erzwingt Exportüberschüsse, die unseren Handelspartner\*innen ökonomisch schaden.**

Die Schuldenbremse befördert zu geringe Investitionen und damit eine zu geringe gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Diese führt direkt und indirekt zu einer zu geringen Importmenge. Zwar berauschen sich viele am Titel "Exportweltmeister". Dies ist aber eine gefährliche Illusion, weil die zu geringen Importe zu einem Wohlstandsverlust im Inland führen. Mit den Exportüberschüssen erwerben wir Schuldtitel gegen das Ausland, deren Werthaltigkeit nicht immer sicher ist. Bei Investitionen im Inland würden die Schuldtitel gegen die deutschen Länder und den Bund erworben. Die Sicherheit ist hier größer genauso wie der Wohlstand aufgrund renovierter Straßen, Bahnlinien, Schulen usw. Ein positiver Effekt wäre auch eine Beförderung des Wachstums in den Ländern, aus denen wir dann importieren, insbesondere der Länder der Eurozone, die immer noch unter den Folgen der Finanzkrise leiden, beispielsweise Italien.

#### **3. Die Schuldenbremse lässt antizyklische Interventionen nicht in ausreichendem Maße zu.**

Staatliche Finanzpolitik sollte einen stetigen Strom von Investitionen ermöglichen und damit dämpfend auf den Konjunkturzyklus wirken. Auf diese Weise werden Erwartungen und damit Investitionsentscheidungen der Privatwirtschaft verstetigt. Die derzeitige Schuldenbremse führt zu einer prozyklischen Wirtschafts- und Finanzpolitik. In Zeiten hoher Steuereinnahmen wird investiert, in Rezessionen nicht. Damit werden die wirtschaftlichen Schwankungen befördert anstatt sie abzumildern.

#### **4. Die Schuldenbremse ist nicht an gesellschaftlichen Bedarfen ausgerichtet.**

Deutschland steht vor der Aufgabe, die Klimaziele zu erreichen. Dazu sind erhebliche Investitionen in den öffentlichen Nah- und Fernverkehr, Stromtrassen, Gebäudesanierungen und -isolierungen, Forschung zu und

Entwicklung von Alternativenergien uvam. notwendig. Diese Investitionen sind angesichts der drängenden Zeit zügig vorzunehmen. Dies ist mit der derzeitigen Schuldenbremse nicht möglich. Speziell Hamburg steht vor der Herausforderung einer wachsenden Bevölkerung durch Zuzug und steigende Geburtenzahlen. Bis zum Jahr 2030 wird die Zahl der Schüler\*innen voraussichtlich um 45.000 wachsen, 25% also. Jungen Familien muss ausreichend bezahlbarer und lebenswerter Wohnraum zur Verfügung stehen, um diese positive Entwicklung zu unterstützen. Daher muss zunehmend in öffentliche Infrastruktur und eine zukunftsweisende Stadtentwicklung investiert werden.

**5. Die Schuldenbremse forciert Öffentlich-Private Partnerschaft-Projekte und führt sozu weniger Tranzparenz und Mitgestaltungsmöglichkeiten.**

## **A10 Umbenennung des Arbeitskreises Wirtschaft und Soziales**

Antragsteller\*in: Jakob Klooth  
Tagesordnungspunkt: 8. Inhaltliche Anträge

### **Antragstext**

- 1 Hiermit spricht sich die Grüne Jugend Hamburg für die Umbenennung des
- 2 Arbeitskreises Wirtschaft und Soziales in den Arbeitskreis Soziales und
- 3 Wirtschaft aus.

### **Begründung**

erfolgt mündlich

## **A11 ICH BIN EIN STAR - BENUTZT MICH AUCH!**

Antragsteller\*in: AK Queerfeminismus  
Tagesordnungspunkt: 8. Inhaltliche Anträge

### **Antragstext**

- 1 Die GRÜNE JUGEND Hamburg möge beschließen:
- 2 Alle Texte der GRÜNEN JUGEND Hamburg werden einheitlich nach den folgenden  
3 Regeln gegendert:
- 4 ■ im Regelfall wird der Gender-Star verwendet (Bürger\*innen, Student\*innen, ...)
  - 5 ■ alternativ können Pluralformen wie "Studierende" verwendet werden
  - 6 ■ Es wird kein Gender-Star für die Selbst- und Fremddefinitionen von Gender wie  
7 Frau, Mann oder Inter-Person verwendet.
  - 8 ■ Die Definition als Trans\*person oder Trans\*-sein bedarf eines Gender-Stars.
- 9 Die Satzung der GRÜNEN JUGEND Hamburg und die Beschlüsse der  
10 Landesmitgliederversammlung vom 31. März 2019 werden entsprechend der  
11 Neuregelung bis zur kommenden Landesmitgliederversammlung angepasst.
- 12 Änderungen bezüglich der Gender-Schreibweise werden als redaktionell angesehen  
13 und entsprechend behandelt. Eine Abstimmung über solche Änderungen ist also  
14 nicht nötig.
- 15 Weiterhin sind Mitglieder der GRÜNEN JUGEND Hamburg bei der offiziellen  
16 Vertretung jung-grüner Inhalte im öffentlichen Raum (z.B. Podiumsdiskussionen  
17 und Demo-Redebeiträge) und bei den GRÜNEN (z.B. Reden für die GRÜNE JUGEND  
18 Hamburg auf der Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN) dazu angehalten sich mit  
19 gendersensibler Sprache auszudrücken. Dabei wird der Genderstar in Form einer  
20 kurzen Pause mitgesprochen. Die Schutzräume der GRÜNEN JUGEND Hamburg sollen  
21 eine Atmosphäre schaffen, in der Mitglieder sich in der Verwendung  
22 gendersensibler Sprache üben können.

### **Begründung**

Die GRÜNE JUGEND Hamburg begreift sich selbst als queere Organisation, die

\* allen sozialen und biologischen Geschlechtern,



- \* allen sexuellen Orientierungen,
- \* sozialer und geschlechtlicher (Selbst-)Darstellung und
- \* allem, was sich nicht definieren lässt,

Platz und Entfaltungsmöglichkeiten bieten möchte. Demnach will sie sich auch gendergerecht ausdrücken, denn Sprache ist Macht!

Eine sozialpsychologische Studie[0] beweist, dass „geschlechtergerechte Sprache die Wirkung von Geschlechtsstereotypen im beruflichen Bereich aushebeln“ kann. Eine systematische Verwendung dieser Sprachformen könnte mehr junge Leute und insbesondere Frauen motivieren eine Karriere in der Mathematik, Informatik, den Naturwissenschaften und der Technik zu ergreifen.

Der Gender-Star wird praktisch bereits verwendet, wurde jedoch nie in unseren Statuten als verpflichtende und einheitliche Schreibweise festgelegt. Mit der Definition durch diesen Antrag sollen zukünftig Verwirrungen und Uneinheitlichkeit im öffentlichen Auftreten verhindert werden.

Warum haben wir uns für den Gender-Star entschieden?

Mit dem Gender-Star werden auch Menschen, die sich weder als Frau noch als Mann definieren, explizit angesprochen. Der Stern symbolisiert also einen Raum für Personen, die sich in einem zweigeschlechtlichen System nicht wiederfinden.

Im Gegensatz zum Gender-Gap (einem Unterstrich) werden Geschlechtsidentitäten jenseits des binären Systems nicht als Leerstelle dargestellt. Vielmehr "strahlt" der Stern in alle Richtungen.

Selbst- und Eigenbezeichnungen wie Frau oder Mann sind von Menschen definierte Begriffe, die in ihrer Definition auf ein klares gesellschaftliches Bild anspielen und dies auch wollen. Dementsprechend benötigen diese Bezeichnungen keinen Stern. Eine Frau ist per Definition alles, was sich selbst als Frau identifiziert. Auch in der Fremddefinition bleibt „Frau“ das in der Gesellschaft übliche Bild.

Die GRÜNE JUGEND Hamburg bekennt sich zur sog. Post-Gender-Theory. Diese strebt eine Überwindung des binären Geschlechtersystems an und sieht Geschlechter als willkürlich definierte Begriffe an. Deswegen bedarf es an dieser Stelle keiner Aufweichung und Neudefinition von Frau und Mann.

Warum wird ein Stern für Trans\* verwendet?

Der Begriff Trans\* schreibt sich mit einem Gender-Star, da Trans\*-sein symbolisch in alle Richtungen strahlen will und nicht ausschließlich zwei binäre Pole darstellen muss.

Warum wird für Inter kein Gender-Star verwendet?

Inter-Personen haben sowohl mit Männern als auch mit Frauen assoziierte Geschlechtsorgane. Insofern entsprechen sie schon der Definition nach keinen Polen und benötigen daher keinen Gender-Star.

---

[0]: "Yes I can! Effects of gender fair job descriptions on children's perceptions of job status, job difficulty, and vocational self-efficacy", Vervecken, D. & Hannover, B.; 2015

## **A12 „LGBT\*QIA+“ verwenden**

Antragsteller\*in: AK Queerfeminismus  
Tagesordnungspunkt: 8. Inhaltliche Anträge

### **Antragstext**

- 1 Die GRÜNE JUGEND Hamburg legt die Schreibweise LGBT\*QIA+ als Art der Gruppierung  
2 von Menschen mit verschiedenen sexuellen Orientierungen und geschlechtlichen  
3 Identitäten fest.
- 4 Die Satzung der GRÜNEN JUGEND Hamburg, sowie die Beschlüsse der  
5 Landesmitgliederversammlung vom 31. März 2019 werden entsprechend der  
6 Neuregelung bis zur kommenden Landesmitgliederversammlung angepasst.
- 7 Schon ab der Beschlussfassung werden redaktionelle Änderungen bezüglich dieser  
8 Schreibweise als solche anerkannt.
- 9 Weiterhin sind die Mitglieder der GRÜNEN JUGEND Hamburg bei der offiziellen  
10 Vertretung jung-grüner Inhalte im öffentlichen Raum und bei den GRÜNEN dazu  
11 angehalten, die Abkürzung in dieser Form zu verwenden.

### **Begründung**

L → Lesbian (lesbisch)

G → Gay (schwul)

B → Bisexual (bisexuell)

T\* → trans\*

Q → queer

I → inter

A → asexual & aromantic (asexuell & aromantisch)

+ → and more (und mehr)

Als queerfeministischer Verband möchte die GRÜNE JUGEND Hamburg möglichst Menschen aller sexuellen Orientierungen und geschlechtlichen Identitäten ansprechen. Die gewählte Abkürzung ist ein Versuch diesem

Anspruch nachzukommen. Das „+“ lässt hierbei Raum für weitere Identifikationen und alle Menschen, die sich keiner der vorherigen Gruppierungen zuordnen möchten oder können.

Die Verwendung dieser Abkürzung ist bereits Routine, jedoch nie in unseren Statuten als verpflichtend und einheitlich geregelt festgeschrieben. Um in der Zukunft Verwirrungen und Uneinheitlichkeit im Auftreten zu verhindern, soll dies nun definiert werden.